

Prof. Dr. Annette Spellerberg  
Juniorprofessorin für Stadtsoziologie; TU Kaiserslautern

**Anhörung**  
**"Demographie und Infrastruktur"**  
**des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung**

Berlin 25.10. 2006

**I. Vorbemerkung**

Aufgrund der eingeschränkten zeitlichen Ressourcen und ausgewählter Kompetenzfelder erlaube ich mir, einzelne Fragen nicht zu beantworten. Der Schwerpunkt liegt auf dem Gebiet Bauen und Wohnen sowie den angrenzenden Bereichen Stadt- und Raumplanung, Mobilität und soziale Infrastruktur.

Der demographische Wandel bezieht sich auf Schrumpfung, Alterung, Heterogenisierung und Individualisierung der Bevölkerung. Betroffen sind Immobilien und die technische Infrastruktur - ebenso aber auch soziale und kulturelle Einrichtungen, Vereinsstrukturen und das Bildungswesen. Je nach Region differieren die Problemlagen und das Ausmaß der Betroffenheit, so dass das Voneinander Lernen schwieriger wird und regionale Konzepte wichtiger werden.

**Bauen und Wohnen**

Die Nachfragestruktur auf den Wohnungsmärkten wird sich mit dem demographischen Wandel deutlich verändern. Im Blickpunkt stehen vor allem die Wohneigentumsbildung, der Wohnflächenkonsum, Modernisierungen und Bedarfsanpassungen.

Die sinkenden Haushaltsgrößen haben in den letzten Jahrzehnten zu einer deutlich höheren Wohnflächennachfrage pro Kopf geführt. Alleinlebende haben im Westen im Durchschnitt 70 m<sup>2</sup> und im Osten 58 m<sup>2</sup> Wohnfläche zur Verfügung, 2-Personen-Haushalte 97m<sup>2</sup> und 77 m<sup>2</sup>. Die verfügbare Wohnfläche pro Kopf ist auf mittlere 52 m<sup>2</sup> im Westen und 43 m<sup>2</sup> im Osten gestiegen. (Eigentümer: 59 m<sup>2</sup> : 49 m<sup>2</sup>, Mieter 46 m<sup>2</sup> zu 40 m<sup>2</sup>; Datenreport 2006). Die weitergehende Alterung führt wegen des Remanenzeffektes zu steigendem Wohnflächenkonsum (allein lebende Frau > 65 Jahre: 78 m<sup>2</sup> im Westen, im Osten 20 m<sup>2</sup> weniger; Familien mit Kindern < 16 Jahre: je 31 m<sup>2</sup> West und Ost). Das BBR hat eine Wohnflächensteigerung bis 2015 um 12% errechnet.

- Eigentumsbildung wird wichtiger für die Vermögensbildung und die Altersvorsorge. Der Wunsch nach Eigentum ist auch bei Jüngeren ungebrochen. Die Eigentumsquote liegt in Westdeutschland bei 45 % West und in Ostdeutschland bei 34 %. Mit steigendem Alter steigen auch die Eigentumsquoten, so

dass auch strukturell die Eigentümeranteile steigen werden. Beispiel Saarland: 86% der Zweipersonenhaushalte, immerhin 52% der Alleinwohnenden über 65 Jahre sind Eigentümer/innen. Nach Prognosen des BBR wird der Eigentümeranteil bis 2015 auf etwa 50 % ansteigen.

Die gegenläufigen Trends sind weniger stark ausgeprägt, d.h. die ökonomische Polarisierung, die mit einer Reduzierung der Mittelschichten einhergeht, ebenso wie der sinkende Anteil an Familienhaushalten. Familienhaushalte über 45 Jahre werden jedoch voraussichtlich zu über 80% im Eigentum leben.

Das größere Angebot an Bestandsimmobilien wird zu einem Preisrückgang führen. Vor allem in schrumpfenden oder peripheren Regionen wird es unverkäufliche Überangebote geben, die zunächst die aus den 50er und 60er Jahren stammenden Häuser betreffen werden. Aufwendungen für Instandhaltung, energetische Nachrüstung, Grundrissveränderungen und Modernisierungen können den Preis für Neubauten leicht übersteigen, so dass die eigentlich günstigen Bestandsimmobilien teilweise nicht verkäuflich sind.

Bisher behalten drei Viertel von Immobilienerben ihren Besitz. Ein Weiterverkauf dürfte in den schwachen Lagen nur zu ausgesprochen günstigen Preisen realisierbar sein, so dass es zu großen familiären Werteverlusten, teilweise zur Einbuße des ganzen Familienkapitals, kommen wird. Ungeklärt ist bislang, inwieweit die geringere Kinderzahl in den aktuellen Kohorten sich auf die Nutzung ererbter Immobilien auswirkt. Möglich ist, dass ein größerer Anteil der Immobilien nicht mehr selbst genutzt wird, sondern verkauft werden soll.

Die von der Sachverständigen für das Saarland erstellte Wohnungsprognose ergab ein Überangebot von 4.000 Wohneinheiten bis 2015. Es werden jedoch noch pro Jahr knapp 3.000 Wohnungen gebaut - 95% als freistehende Ein- und Zweifamilienhäuser. Negative Folgen sind absehbar: Werteverfall, Leerstände in den Ortskernen, erzwungene Immobilität. Die Ziele Innenentwicklung, Achsenstärkung und weniger Flächenverbrauch sind so auch im demographischen Wandel nur schwer zu erreichen.

Sofern der Verkauf einer Immobilie die Voraussetzung für den Umzug älterer Menschen in Gemeinden mit besserer Infrastruktur ist, gefährdet ein Preisverfall oder gar die Unverkäuflichkeit eines Hauses die gewünschte Mobilität. Eine bedarfsgerechte Versorgung im Alter ist möglicherweise nicht zu erreichen.

In Ostdeutschland besteht ein erhebliches Überangebot in ländlichen und verstäderten Räumen. Vor allem im Geschossbau stehen Wohnungen leer, die großflächig - gefördert vom Programm Stadtumbau Ost - vom Markt genommen werden. (In Halle Silberhöhe leben statt ehemals 40.000 Einwohner nur noch 15.000 - zumeist in prekären sozialen Verhältnissen). In schrumpfenden Quartieren mit deutlichen Abwanderungstendenzen ist die Abwärtsspirale von Leerständen, geringen Mieteinnahmen, fehlenden Investitionen und Verfallserscheinungen zu erkennen.

Die Aufwertung des Bestandes und die Anpassung des Geschossbaus an die Bedürfnisse der Bevölkerung ist eine der wesentlichen Aufgaben des Stadtumbaus in Ostdeutschland. Der Abriss bindet jedoch einen Großteil der Mittel, so dass eine langfristige Problembewältigung teilweise nicht gelingt.

In westdeutschen schrumpfenden Agglomerationen und großen Städten führt die Konzentration der Migranten gekoppelt mit mangelnder Integration und mangelnden Aufstiegschancen gerade bei entspannten Wohnungsmärkten zu

zunehmenden Segregationserscheinungen. Die Polarisierung des Stadtraums mit großen sozialen Folgeproblemen ist eine Folge sowohl des demographischen wie des ökonomischen Wandels (Beispiel: Völklingen). Der Stadtumbau West konzentriert sich entsprechend auf die Innenstadtentwicklung, die Aktivierung der Bevölkerung und Motiverierung von (Klein-)Eigentümern. Die Zersplitterung und mangelnde Investitionsbereitschaft (bzw. -fähigkeit) der Akteure stellt eine große Herausforderung für die Stadtentwicklung dar, die drastisches Vorgehen notwendig macht (bis hin zu Ankäufen von Immobilien, verbindlichen Auflagen und Enteignungen). Die Überschneidungen mit der Sozialplanung legt die Kombination der Stadtumbau-West-Mittel mit dem Programm "Soziale Stadt" nahe. Die Förderung nicht-investiver Maßnahmen in beiden Programmen ist ein deutlicher Fortschritt im Vergleich zu vorhergehenden Förderprogrammen.

Herausforderungen an den Wohnungsmarkt ergeben sich auch durch die fehlende quantitative und qualitative Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage: Die funktionalen Wohnungen für Kleinfamilien stimmen nicht mit den Bedürfnissen heutiger Familien überein (das 8 - 12 m<sup>2</sup> große Kinderzimmer für ein bzw. zwei Kinder, die Nasszelle und die Funktionsküche). Familienhaushalte mit Kindern stellen darüber hinaus nur noch 28% aller Haushalte. Die unterschiedlichsten Haushaltstypen bevorzugen heute Wohnungen mit egalitären Grundrissen. Balkone und Terrassen gehören zur bevorzugten Standardausstattung. Es gibt also einen viel größeren Umbaubedarf als Neubaubedarf. Bereits heute machen Bestandsmaßnahmen 2/3 des gesamten Wohnungsbaus aus - der Anteil wird sich vermutlich steigern.

93% der ab 65-Jährigen leben in Deutschland in herkömmlichen Privatwohnungen, nur 7% leben in Institutionen oder in speziellen Altenwohnungen inklusive des betreuten Wohnens. Alten- und behindertengerechte Wohnungen müssen entsprechend ausgebaut werden. Regionale Beratungsstellen und eine Kooperation von Architekten, Wohlfahrtsverbänden und Kreditgebern sind notwendig, um Nachrüstungen zu erleichtern. Dienstleistungen werden wichtiger und das Thema Sicherheit erlangt durch den altersstrukturellen Wandel eine höhere Bedeutung.

Sonderformen des Wohnens werden nicht die Mehrheit bei der älteren Bevölkerung bilden. Gelungenes generationenübergreifendes Wohnen erfordert beispielsweise eine gute bauliche Struktur mit Rückzugsmöglichkeiten für die Älteren, Spielmöglichkeiten für die Kleineren und Kommunikationszonen. Gemeinschaftliches Wohnen ist ebenso voraussetzungsreich und bisher eine Randerscheinung, es erfährt zur Zeit jedoch ausgesprochenen Zulauf, wie z.B. die Beratungsstellen für gemeinschaftliches Wohnen berichten.

Eine flexible Nutzung von privaten Gebäuden ist in der Praxis kaum anzutreffen, weil der Umrüstbedarf als zu hoch eingeschätzt wird und die Alltagsroutinen dagegen sprechen. Eine flexible und vielfältige Nutzung öffentlicher Gebäude stößt meinem Kenntnisstand nach auf weniger Hindernisse.

Die Wohnungswirtschaft steht vor dem Problem, die verschiedenen großen Trends, der Rückgang der Mittelschichten und die ökonomische Polarisierung, die Zunahme kleinerer Haushalte, die Pluralisierung der Lebensstile, die Alterung und Schrumpfung und das Auseinanderdriften der Regionen ebenso wie

technische Aufrüstung und Anspruchssteigerung zu berücksichtigen, d.h. rentabel zu investieren. Hierzu sind genauere Informationen über die jeweilige regionale Situation notwendig (Wohnungsdaten und sozialstrukturelle Informationen).

Die Stadt- und Raumplanung steht vor der Herausforderung, Siedlungsstrukturen anzupassen. Gesamtstädtische Entwicklungskonzepte werden wichtiger, die Bestimmung von Entwicklungsräumen, die Behandlung von Hauptverkehrsstraßen, Anpassung von Infrastrukturen und Einbezug neuester Technik. In regionaler Hinsicht heisst dies auch, Versorgungseinrichtungen in suburbanen Zentren und ländlichen Regionen wieder stärker wohnungsnah auszurichten. Auf diese Weise kann Verkehr reduziert und Zugang für die immobilen Bevölkerungsgruppen ermöglicht werden.

Die Chancen von Schrumpfung bestehen darin, dass größere Baulücken (durch Abriss und Konversion) zur Innenentwicklung, Zentrenstärkung, Funktionsmischung und stärkere Durchgrünung befähigen. Die Mischung von Gebäudetypen (niedriger Geschossbau und kleinere Häuser) und Funktionen können zur Erhöhung der Lebensqualität in der Stadt beitragen. Die Bevorzugung prekärer Wohngebiete im Hinblick auf die Infrastruktur kann weiterer Entmischung entgegen wirken. Bildungseinrichtungen - vom Vorschulbereich bis hin zur Weiterbildung - und soziale Einrichtungen gerade für die von Exklusion bedrohten Bevölkerungsgruppen sind eine weitere Voraussetzung für Reurbanisierung.

In Stichworten:

### **Mobilitätsinfrastruktur**

Verkehr bis 2015 (nach Prognose von Gressner u.a.) Verkehrsaufkommen +7%, Personenverkehr +20%, also MIV; ADAC: Konstantes Aufkommen, ab 2015: Rückgang

Agglomerationsräume: Suburbanisierung konterkariert sinkenden MIV, z.B. durch höhere Anteile an Migranten/innen und Bevölkerungsverluste; Alterung der Peripherie im Westen durch 60er/70er Jahre Wohngebiete: Organisatorische Lösungen suchen, ÖPNV stärken, nicht länger MIV fördern

Kernstädte West ähnlich, Wege finden, um PKW-Abhängigkeit zu begrenzen. Ost: erheblicher Bevölkerungsrückgang (vor allem industriell geprägte Städte), Nachfrageverluste ÖPNV

Ländl. Raum: schwache Nachfrage, Schülerverkehr geht zurück, ÖPNV gefährdet; flexible Angebotsformen sichern Grundversorgung, bilden aber nicht immer attraktive Alternative; Ost: alte, hochbetagte Menschen haben immens größeren Anteil, starker Rückgang der Verkehrsnachfrage: Bemühen um Grundversorgung und Kostendämpfung

Zunahme älterer Menschen: weniger km-Leistung/Tag (20 km zu 50 km Erwerbstätige nach Scheiner 2005), Sicherheitsarbeit muss verstärkt werden, seniorentaugliche Regelungen und Technologien (Geschwindigkeitsbegrenzungen), ÖPNV: Begleitpersonal, Verlässlichkeit, Service, kleinräumige Erschließung, nutzerfreundliche Technologien; Hochbetagte großer Anstieg, also Erreichbarkeit von Einrichtungen für Ältere verbessern (weniger: mobile Bringdienste); Migranten: Verständlichkeit verbessern

Schrumpfung führt zur Überprüfung von Ausbaustrategien, lieber Bestandserhalt. Lückenschlüsse, Verkehrsberuhigung; interkommunale Kooperation, Schaffung kompakter Siedlungsstrukturen an Verkehrsachsen; Ausbau dezentraler Subzentren zur Verkehrsentlastung und zur wohnungsnahen Versorgung; Rad- Fußverkehr ausbauen, Haltestellen- Liniendichte prüfen, Älteren anpassen; Schnupper-Pakete für Neurentner, Tauschangebote (Führerschein gegen ÖPNV-Zeitkarte)

## Bildungsinfrastruktur

Unterschiedliche Betroffenheit der verschiedenen Bereiche des Bildungswesens durch Umfang der Bevölkerung, Wahlverhalten, wirtschaftlicher Lage und Politik in der Region.

Elementarbereich - vorschulische Erziehung, Primar- und Sekundarbereich I sind besonders von Zu- und Abnahme der Bevölkerung betroffen, Sekundarbereich II (allgemein bildend, beruflich); Tertiärbereich (Hochschulen) + allgemeine, berufliche und wissenschaftliche Weiterbildung) deutlich weniger.

6-19jährige werden um 2,5 Mio auf 10,2 Mio (-20%; -26% Ost, -18% West) zurückgehen (KMK 2003; 6-15: 7,1 Mio in 2020 nach BBR). Tiefststand dieses Jahr im Osten, Sek II 2010, West: 2009 bzw. 2015.

Ost: starke regionale Differenzen 6-19jährige: Städte (-30%), ländliche Räume (-34%), weniger Agglomerationen (-14%) suburbane Räume rund um Berlin, Leipzig, Ausläufer von Hamburg (+6%).

Primarbereich: Ost: Tiefststand bereits überwunden, West -19% bis 2020;

Sek I Ost: -36% mit Tiefststand 2008; West: -20%

Grundschulgröße West: durchschnittlich 206, Ost 124 Schüler/innen. Untergrenzen als Problem: Thüringen: 14 Schüler/Klasse; Zweizügigkeit; Kleine Schulen gefährdet.

Einzugsbereich Grundschulen: 1958: 8 km<sup>2</sup>; 1978: 14 km<sup>2</sup>, 1998: 18 km<sup>2</sup> Ost: 31 km<sup>2</sup>

Sek II West: kaum gefährdet; aber Ost: -40% Schüler/innen; in verstädterten und ländlichen Räumen Halbierung der Altersgruppe 16-19, Schüler: nur noch 100.000 bis 2011, dann leichte Erholung (113.000) beruflich: 50-60% des Werts von 2000 (nach Lennertz 2005).

Gymnasien am wenigsten betroffen, haben zentralisierte Standorte, gefährdet: Land und Einzelstädte im Osten

Berufsschulen: Land: Zusammenlegung, Konzentration der Berufsschule, Spezialisierung auf fachliche Schwerpunkte; Zusammenfassung des Unterrichts für ähnliche Berufsgruppen; E-Learning (Modellversuche der BBR)

Ein Drittel der Schüler demnächst mit Migrationshintergrund - in westdeutschen Städten deutlich mehr: dringender Bedarf an Integrationsleistungen

Finanzmittel: heute häufig nur Verschiebungen zum Schülertransport, keine Einsparungen; Knappheit wird durch Zeit und Lebensqualität der Kinder kompensiert

Folgen: Rückgang des Gymnasiumsbesuchs bei zunehmender Entfernung (Mecklenburg-Vorpommern (Lennertz 2005)

Szenario 2008/09: Einzugsbereich für Grundschulen in Meck-Vorpom. (nach Fickermann, Schluzeck und Weishaupt 2002): 70 km<sup>2</sup>, 100 von 350 Standorte auflösen; ein Viertel der Grundschüler würde nicht mehr am Schulstandort wohnen; 10 km Schulweg einfach für mehr als die Hälfte der Schüler; ähnlich

Brandenburg, Thüringen, Sachsen; Simulation mit jahrgangsübergreifendem Unterricht (28 Schüler/Schule) könnten fast alle Standorte erhalten bleiben, 2/3 wären einzügig *bei gleichen Kosten*: Modell wird teilweise realisiert.

Angebot an Schulen und Lehrkräften: politisch gesteuert; größte Stellschrauben: Jahrgangsübergreifende Klassen, Orientierungsstufe an Grundschulen, Zusammenlegung von Haupt- und Realschule, Gesamtschulen; Mindestgrößen aufheben; Einzügigkeit in Sek I; d.h. Schulen müssten nicht geschlossen werden; darüber hinaus: Veränderungen der pädagogischen Konzepte; Mobilisierung der Lehrer, nicht der Schüler; Filialschulen, dezentrale Unterrichtsformen (E-Learning) Mindestdichte ist Voraussetzung für Chancengleichheit *Verantwortlichkeiten auf regionaler Ebene mit Ressourcenausstattung* (Einbezug von Schultypen + Betriebskosten + Schülertransport)

Hochschulwesen: Ost -30% 20-25jährige, aber nur -5% Absolventen mit (Fach-) Hochschulreife, West bis 2013 +2%, Ost: -50%,

Höchststand 2009: 1,4 Mio Studis an Unis, an FHs 2011: 1/2 Mio., dabei große W-O-Unterschiede + Stadt-Land; Bildungsseßhaftigkeit aus ökonomischen und sozialen Gründen; FHs in kleinräumigen, auch peripheren Räumen bieten Chancen

Weiterbildung: beruflich: 29% aller 19-64jährigen 2000; besser gebildete nehmen häufiger teil. Umstellungen wegen des Älterwerdens der gut qualifizierten Babyboomer notwendig; Nachqualifizierung der wenig gebildeten jüngeren Erwerbslosen in modularen Systemen; Eltern während und nach der Kinderzeiten; Migranten und Migrantinnen

## **Kommunikation, Freizeit/Sport**

Die Probleme von Freizeit- und Kultureinrichtungen stehen weniger in Zusammenhang mit dem demographischen Wandel als mit der Finanzknappheit der Kommunen. Die Schließung von Einrichtungen bzw. deren Zusammenlegung ist bereits heute Realität und wird weiter gehen. Im Unterschied zu Anpassungen der baulichen Gegebenheiten wird die Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung der sozialen Infrastruktur seltener anerkannt.

Der Bedarf an der Alteninfrastruktur wird steigen, vor allem in altershomogenen Vierteln der 50er bis 70er Jahre, während Kinder- und Jugendeinrichtungen in diesen Gebieten rückgebaut werden können. Eine zunehmende Altenhilfe wird notwendig vor allem in den Gebieten, in denen ältere und hochbetagte Menschen in kleinen Haushalten ohne Führerschein leben.

Das Sportstättenangebot wird allein aus Gründen der Altersverschiebungen angepasst werden müssen zugunsten von generationen- und geschlechterübergreifenden Angeboten. Die Aufrechterhaltung möglichst vieler Angebote ist aus gesundheitlichen Gründen (Prävention), aber auch für die Möglichkeit der Kommunikation, Integration und Identifikation der Bürger/innen von großer Bedeutung.

In Ostdeutschland ist wegen des großen Bevölkerungsrückgangs insgesamt auch mit einem Rückgang der Bedarfe auszugehen. Aufgrund der großen regionalen Differenzierung in Ostdeutschland sind zugleich kleinräumige Anpassungsleistungen erforderlich. In den suburbanen Räumen der Agglomerationen müssen Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen, Spielplätze und Sportangebote erweitert werden. In Sachsen ist ein zusätzlicher Bedarf von 17% an Kinderbetreuungseinrichtungen bis 2010 errechnet worden.

Die große Altershomogenität der Großsiedlungen wird zu zugespitzten Versorgungsproblemen der dann älteren Bevölkerung in diesem großen Wohnungsmarktsegment führen. Seniorentreffs u.ä. sind entsprechend der Bezugsjahre gestaffelt auszubauen und werden in manchen Gebieten erst nach 2020 wichtig werden.

Lösungen werden vor allem in besseren organisatorischen Modellen (gemeinsame Nutzung von Einrichtungen, multifunktionale Einrichtungen, interkommunale Kooperation), qualitative Weiterentwicklung der Angebote (Nutzung von Sportplätzen für verschiedene Sportarten) und höherer Flexibilität (modulare Bausysteme für die Anpassung an verschiedene Bedarfe in unterschiedlichen Altersgruppen). Gemeindehäuser oder Bürgerzentren ermöglichen beispielsweise die Bündelung von Angeboten unter einem Dach (Jugendclub, Seniorenverein, Bibliothek, Gymnastikhalle, etc.). Die Aktivierung von Selbsthilfe wird angeregt, z.B. indem Vereine gegründet werden, die die Aufrechterhaltung von Schwimmbädern ermöglichen. Andere Beispiele sind Nachbarschaftsaktivitäten, um eine gemeinsame Pflegekraft zu zahlen, selbst organisierte Fahrdienste oder Tauschbörsen.

Der Staat sollte integrative Förderkonzepte entwickeln und Einrichtungen fördern, die auf lange Sicht mehr Flexibilität ermöglichen.

## II. Allgemeine Fragen

Zahlreiche Politikfelder stehen vor der Herausforderung, die Auswirkungen des demographischen Wandels zu bewältigen. Bestehende Regelungen, wie z.B. in der Steuergesetzgebung, bei den Finanzausweisungen, den Förderpolitiken und Verwaltungsstrukturen stehen notwendigen Handlungsansätzen jedoch entgegen (Grund(erwerbs)steuer ist z.B. vom Kaufpreis, nicht von der Größe der Fläche abhängig). Kooperative, ressortübergreifende Handlungsweisen werden dringender - belohnt werden jedoch Egoismen (Gewerbegebiete, Einwohnerzuwachs). Dringend erscheint beispielsweise, die kommunalen Finanzausweisungen nicht länger an die Anzahl der Einwohner/innen zu koppeln, um falsche Anreize zu reduzieren (z.B. Ausweisung von Neubaugebieten) und Schrumpfung nicht länger doppelt zu bestrafen (weniger Mittel bei höheren Kosten, z.B. durch Sicherungsmaßnahmen).

Eine Verlagerung von Steuerungskompetenzen einschließlich finanzieller Ressourcen zugunsten kleinräumiger Ebenen erscheint teilweise sinnvoll, um zu passgenauen Lösungen zu kommen. Die Kompetenzverlagerung (einschließlich finanzieller Ressourcen) sollte jedoch an Voraussetzungen geknüpft werden, um Überforderung zu vermeiden und Nachhaltigkeit zu gewährleisten (einfordern von z.B. integrierten Entwicklungskonzepten, Beratungsleistungen der höheren Ebenen, interkommunaler Kooperation in ländlichen Räumen und baulicher Flexibilität von Infrastruktureinrichtungen). Notwendige Macht-, Finanz- und Kompetenzverschiebungen werden dabei nicht widerspruchlos hingenommen, so dass wirksame Umstrukturierungen nur schwer zu erreichen sind.

In einigen peripheren Regionen lassen sich Mindeststandards in der bekannten Organisationsform nicht länger aufrechterhalten. Ländliche Räume in Ostdeutschland stehen beispielsweise vor dem Problem der Entleerung und des überproportionalen Zuwachses an Hochbetagten über 75 Jahre (+ 77% bis 2020). Die Gesundheitsver-

sorgung ist in manchen Regionen bereits heute als kritisch einzustufen, eine weitere Ausdünnung der ambulanten Versorgung kann die Daseinsvorsorge ernsthaft gefährden. Räumliche Ungleichheiten stellen somit eine neue Dimension der Sozialstruktur dar. Technische und organisatorische Neuerungen können einen Abbau von Infrastruktur bis zu einem gewissen Punkt aufhalten (z.B. im ÖPNV, im Bildungswesen oder bei der Versorgung mit dem täglichen Bedarf). Einige Regionen fallen jedoch unter Tragfähigkeitsgrenzen, mit der Folge von Absiedelung oder hohen individuellen Risiken und Aufwendungen.

Das Leitbild gleichwertiger Lebensverhältnisse ist (und war) nicht Realität, es sollte m. E. in seiner Leitfunktion aber auch nicht aufgegeben werden. Es besteht die Gefahr, dass einseitiges und kurzfristiges ökonomisches Denken an die Stelle der Gleichwertigkeit tritt, damit Anpassungs- und Innovationschancen vergeben werden, und das Prinzip der Chancengleichheit verletzt wird. Dies wäre zumindest so lange wünschenswert, wie Mindeststandards für die öffentliche Daseinsvorsorge nicht differenziert für bestimmte Raumtypen festgelegt sind.